

V1 Jede Stimme für Bündnis 90/Die Grünen stärkt konsequenten Klimaschutz in den Kommunen

Gremium: LAG Energie
Beschlussdatum: 17.01.2019
Tagesordnungspunkt: 7 Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern
2 stellt fest:

- 3 • Entsprechend des Pariser Abkommens muss Klimaschutz, also Maßnahmen zur
4 Verhinderung einer massiven Klimaänderung, ein zentrales politisches
5 Handlungsfeld sein, um den Temperaturanstieg auf möglichst 1,5°C zu
6 begrenzen.
- 7 • Die Auswirkungen des Klimawandels werden auch in Mecklenburg-Vorpommern
8 immer deutlicher spürbar. Daraus folgen erhebliche Herausforderungen bei
9 Klimaschutz und bei klimabedingten Anpassungsmaßnahmen.
10 Klimawandelfolgeanpassungen sind erforderlich, um eintretenden
11 Auswirkungen gerecht zu werden (Dürreperioden, Trinkwasserreserven und
12 Meeresspiegelanstieg etc.).
- 13 • Die durch den Klimawandel entstehenden Kosten liegen deutlich über den
14 Kosten für Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen.
- 15 • Ein Teil der Kommunen haben die Bereitschaft erklärt, eine Vorbildfunktion
16 bei Klimaschutz und Klimaanpassung zu übernehmen, und fordern dazu die
17 notwendigen Rahmenbedingungen.
- 18 • Die Kommunen sind den Folgen des Klimawandels direkt ausgesetzt. Diese
19 werden durch fehlende politische Regulierung auf übergeordneten Ebenen in
20 ihrer negativen Wirkung verstärkt.

21 Die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern
22 beschließt:

- 23 • Bündnisgrüne in den Kommunalparlamenten werden dafür arbeiten, Klimaschutz
24 und Klimaanpassung als kommunale Pflichtaufgaben festzusetzen. Das
25 schließt eine notwendige finanziellen Befähigung dafür durch Land und Bund
26 ein.
- 27 • Auf kommunaler Ebene werden wir uns für einen konsequenten Ausbau der
28 Erneuerbaren Energien einsetzen.
- 29 • Divestment sehen wir als integralen Bestandteil, den Ausbau fossiler
30 Energieinfrastruktur zu unterbinden.
- 31 • Bündnisgrüne werden auf allen Ebenen dafür kämpfen eine Verkehrswende
32 einzuleiten und teilweise fortzusetzen, die flächengerecht auf den Ausbau
33 von Rad- und Fußverkehr und ÖPNV setzt.

- 34 Bündnisgrüne sehen Klimaschutz und -anpassung als Querschnittsaufgabe, die den
35 Ausbau der kommunalen Infrastruktur, den verstärkten Schutz der Naturräume und
36 der Biodiversität, Vermeidung fortschreitender Flächenversiegelung, resiliente
37 Stadtplanung, sowie eine Weiterentwicklung und Ausrüstung des
38 Katastrophenschutzes und der Feuerwehren beinhaltet.

Begründung

Quelle: Resolution der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister: Regionalkonferenz Herausforderung Infrastruktur – Strategien und Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels am 26.09.2018 in Schwerin